



Bekanntmachung

über den Teilbereich II und den Teilbereich III des Bebauungsplanes Nr. 44 "Arenwiese"

Der Rat der Gemeinde Ostbevern hat den **Teilbereich II und den Teilbereich III** des Bebauungsplanes Nr. 44 „Arenwiese“ am 20.12.2005 als Satzung beschlossen. Er ist aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan in Verbindung mit dem Teilbereich II der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes entwickelt worden.

Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist im beigefügten Kartenausschnitt dargestellt.

Belange des Umweltverträglichkeitsgesetzes (UVPG)

Es wird darauf hingewiesen, dass eine allgemeine Vorprüfung durchgeführt worden ist. Diese hat ergeben, dass die Belange des UVPG nicht betroffen sind.

Hinweise:

Gemäß § 44 Abs. 5 BauGB wird darauf hingewiesen, dass ein Entschädigungsberechtigter Entschädigung verlangen kann, wenn die in den §§ 39 - 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in den §§ 39 - 42 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Gem. § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass

1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens und Formvorschriften und
2. Mängel in der Abwägung unbeachtlich sind, wenn sie nicht in den Fällen der Nr. 1 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nr. 2 innerhalb von 7 Jahren seit Bekanntmachung gegenüber der Gemeinde Ostbevern geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.



Schließlich wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.94 (GV NW S. 666 ff., letzte Fassung) die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NW beim Zustandekommen von Satzungen, sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und Flächennutzungsplänen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündigung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bekanntmachungsanordnung

Der Beschluss des **Teilbereiches II und Teilbereiches III** des Bebauungsplanes Nr. 44 „Arenwiese“, die Bezeichnung des Bebauungsplanes und die Hinweise werden gem. § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004, (BGBl. I S. 2414, letzte Fassung) hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan wird mit der Begründung zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Der Bebauungsplan kann bei der Gemeindeverwaltung Ostbevern - Bauamt -, Zimmer 25, Hauptstraße 24, 48346 Ostbevern, während der Dienststunden eingesehen werden. Über den Inhalt des Bebauungsplans und der Begründung einschließlich Umweltbericht wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Mit dieser Bekanntmachung wird der **Teilbereich II und der Teilbereich III** des Bebauungsplanes Nr. 44 „Arenwiese“ rechtsverbindlich.

Ostbevern, 29.12.2005

Gemeinde Ostbevern

Jürgen Hoffstädt

